

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Beginn der Sitzung:	17.00 Uhr
Vorsitz:	Stucki René, Präsident
Protokoll:	Graf Arno, Sekretär-Stv.
Stimmzähler:	Müller Philipp Wiederkehr Irene Wolf-Miranda Catalina
Anwesend:	34 Mitglieder
Abwesend:	Bayer Ueli Mounoud Cécile
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat Tonini Esther, Stadträtin
Weibeldienst:	PS Emmenegger Anja

Mitteilungen

- a) Philipp Müller hat am 14. Juni 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Taxiverordnung und Wirtschaftsfreiheit eingereicht.
- b) Die Kleine Anfrage von Rolf Steiner betreffend Einbürgerungsaktion wurde vom Stadtrat am 14. Juni 2011 beantwortet.
- c) Die Kleine Anfrage von Ernst Joss betreffend Gestaltungsplan Ziegelägerten, Grünhecke wurde vom Stadtrat am 20. Juni 2011 beantwortet.
- d) Jörg Dätwyler hat am 22. Juni 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Vermietung Kronensaal eingereicht.
- e) Max Wiederkehr hat am 21. Juni 2011 eine Interpellation betreffend Energieeinsparungen Hallenbad Fondli nach der Sanierung eingereicht.
- f) Josef Wiederkehr hat am 23. Juni 2001 eine Kleine Anfrage betreffend Velohaus eingereicht.
- g) Angela Gullo hat am 27. Juni 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Eintrittspreisreduktionen für Dietiker im Freibad Fondli eingereicht.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

- h) Angela Gullo hat am 27. Juni 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Sanierung Fussballplatz Dornau eingereicht.
- i) Die Interpellation von Thomas Wirth betreffend Schulsozialarbeit wurde vom Stadtrat am 27. Juni 2011 beantwortet.
- j) Max Wiederkehr hat am 5. Juli 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Ferienhort eingereicht.
- k) Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 1. September 2011 statt.
- l) Der Gemeinderatsausflug vom 10. September 2011 führt nach Freiburg im Breisgau. Dort wird ein Quartier für nachhaltige Entwicklung besichtigt. Dieses bezieht ausschliesslich erneuerbare Energie, es gibt 20 Arbeitsgruppen, eine Stadtbahn und ein vorbildlicher Einbezug der Bevölkerung. Daneben werden aber auch kulturelle und kulinarische Wünsche nicht zu kurz kommen. Die Einladungen werden demnächst verschickt.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 9. Juni 2011 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

Traktandenliste

Gabriele Olivieri beantragt, Traktandum 4 auf die zweite Sitzung zu verschieben, da die Sprecherin der GPK an der ersten Sitzung nicht teilnehmen kann.

Rosmarie Joss beantragt, dass die Traktanden 8-10 (Motionen bez. Limmattalbahn) zusammen diskutiert werden.

Nachdem keine Einwände vorgebracht werden, gelten die beiden Traktandenänderungen als genehmigt.

Es werden keine weiteren Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

A1./A. Behörden, Gremien

Ersatzwahl eines Mitgliedes der RPK

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

Für die Ersatzwahl von Rosmarie Joss als Mitglied der RPK für die Amtsdauer 2010-2014 schlägt Lucas Neff namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Anton Kiwic, Lättenstrasse 14

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende den Vorgeschlagenen als gewählt.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

V4.4. Verwaltung und Organisation

Genehmigung des Geschäftsberichts 2010

Referentin: Catherine Peer, Präsidentin GPK

Catherine Peer (SP) erklärt, dass der Geschäftsbericht auf 231 Seiten Rechenschaft über die Tätigkeiten des Stadtrates und der Stadtverwaltung ablegt. Wie immer ist er sehr umfassend und gut gegliedert, auf den Fotos sind die Lernenden mit Namen abgebildet. Die GPK hat sich an 6 Abenden intensiv mit dem Geschäftsbericht auseinandergesetzt, Schwerpunkte bildeten die Sicherheits- und Gesundheits-, die Präsidial- sowie die Schulabteilung. Die Einwohnerkontrolle zeigte in einem kurzen Film die Funktion des Ticketsystems, da dies während der Besichtigung am Abend nicht demonstriert werden konnte. Ein weiteres Thema war die Schulwegsicherheit, wobei sich zeigte, dass die Stadt nur wenig Einfluss auf überregionale Velowege hat.

In der Präsidialabteilung ist sehr viel passiert, insbesondere im Planungsbereich, wo das Stadtplanungsamt am 1. November seinen Betrieb aufnahm. Deren Leiter Jürg Bösch gab der GPK sehr umfassend Auskunft. Der Stadtpräsident ist sehr zufrieden mit dem Start und kann schon heute Vorteile der neuen Organisation feststellen. Der Schulabteilung steht neu ein Mitglied des Stadtrates vor, zudem wurde eine Geschäftsordnung der Schulpflege erarbeitet. Die Schulpflege mit neu nur noch 16 Mitgliedern hat trotz der Schulleitungen nicht weniger Arbeit.

Man kann sich fragen, ob der Geschäftsbericht so umfassend sein muss. Bei einem kleineren Umfang würde man ihn eher lesen und er könnte auch auf der Homepage heruntergeladen werden. Abschliessend bedankt sie sich beim Stadtrat und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz, insbesondere bei der Sekretärin der GPK für ihre hervorragende Arbeit. Die GPK befürwortet einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

Catherine Peer (SP) erklärt zudem im Namen der SP-Fraktion, dass der Geschäftsbericht seit 10 Jahren im gleichen Gewand daherkommt. Es wäre nun an der Zeit, eine Überarbeitung vorzunehmen. Denkbar ist ein Abspecken des Geschäftsberichts, damit er auch internetfähig wird. Wichtig ist, dass nicht nur gebaut wird; das Zentrum muss lebendig bleiben, die Kultur und der Verkehr dürfen nicht vernachlässigt werden.

Präsidialabteilung

Julia Neuenschwander (EVP) erklärt, dass die Präsidialabteilung eine spannende Abteilung mit sehr vielen verschiedenen Dienstleistungen ist. Die fehlenden Büroräume sind noch immer ein Thema, die Aufstockung des Feuerwehrgebäudes ist hingegen keine Option mehr. Leider gibt es noch immer keine zusätzlichen Räumlichkeiten für Jugendliche. Das Big Band Festival verzeichnet sinkende Gästezahlen, das Defizit vergrössert sich. In ein bis zwei Jahren wird ein Entscheid gefällt, wie es weitergehen soll. In der Präsidialabteilung wurden zwei Schwerpunkte gewählt. Zum einen ist dies die Standortförderung. Sie knüpft Kontakte zur Wirtschaft und den Verbänden, fördert Ansiedlungen von Unternehmen und unterstützt den Immobilienbereich. Zudem ist sie auch im Marketing tätig, zum Beispiel für das Big Band Festival. Der zweite Schwerpunkt betrifft das Stadtplanungsamt. Dieses nahm am 1. November 2010 seine Arbeit auf und löste damit das Ingenieurbüro SWR ab. Das Stadtplanungsamt musste alles neu aufbauen, ihr Leiter, Jürg Bösch, macht einen kompetenten Eindruck. Viel Zeit wurde vor allem für den Gestaltungsplan Silber investiert. Gemäss Stadtpräsident hat das Stadtplanungsamt viele Vorteile, es ist unabhängig, im Stadthaus angesiedelt, und bei Ingenieurarbeiten können Konkurrenzofferten eingeholt werden.

Julia Neuenschwander (EVP) dankt zudem im Namen der EVP allen Angestellten für ihre Arbeit und den ausführlichen Bericht und erklärt, dass die EVP dem Bericht zustimmen wird.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Infrastrukturabteilung

Esther Wyss-Tödtli (SVP) erklärt, dass Stadtrat Roger Brunner, Arthur Huber, Leiter Infrastrukturabteilung, und Lori Fränzl, Leiter Werkhof, der GPK ihre Aufgaben und Tätigkeiten näher erläutert haben. Entgegen der Aussagen im Geschäftsbericht sind die Arbeiten am generellen Gasversorgungsplan noch nicht ganz abgeschlossen. Im letzten Jahr wurden 25 Abnehmer durch das Fernwärmenetz der Limeco versorgt. Zurzeit hat es noch eine freie Kapazität von ca. 186'000 Megawattstunden. Die Abnahme des Wasserverbrauchs um 22'530 m³ ist vor allem auf das Wetter, aber auch auf das bewusste Wassersparen zurückzuführen. Bei einem Hauswarttreffen wurden neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch unter anderem auch Massnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs besprochen. Vereinsanlässe auf dem Kirchplatz unterstützt die Stadt mit der kostenlosen Abfallentsorgung. Am Marmorweiher wurde mit allen Lehrlingen Fachmann Betriebsunterhalt eine Projektwoche durchgeführt. Die Unterlagen für das Reaudit Label Energiestadt wurden eingereicht. Abschliessend bedankt sie sich für die fachkompetenten Auskünfte und das Engagement aller Mitarbeitenden zur Erhöhung der Sauberkeit in Dietikon.

Bauabteilung

Markus Erni (SVP) erklärt, dass die Hochbauvorsteherin Esther Tonini und der Leiter Hochbauabteilung Thomas Jung der GPK Auskunft gaben. Diese betonten, dass vor allem die Sanierung des AGZ sowie die Krone einen grossen Arbeitsaufwand generiert hätten. Alle Fragen wurden kompetent beantwortet. Bei der Energieberatung wird vor allem über Förderbeiträge informiert, was den Vorteil hat, dass dies produktunabhängig geschehen kann. Für die Kronenliegenschaften gibt es einen Investor, der grosses Interesse zeigt. Abschliessend bedankt er sich bei den Mitarbeitenden für ihre Arbeit.

Finanzabteilung

Samuel Spahn (Grüne) erklärt, dass Finanzvorstand Rolf Schaeren und Abteilungsleiter Patrick Schmid der GPK Auskunft gaben. Neu ist das AGZ in die Finanzabteilung integriert, zudem ist der Finanzvorstand im Vorstand der RegioSpitex, was zusammen mit dem AGZ und dem Limmattalspital zu Synergien führt. Nach dem turbulenten Jahr hat sich die Situation im Limmattalspital unter dem neuen Direktor beruhigt, was den Verwaltungsrat Rolf Schaeren zuversichtlich stimmt. Die GPK wurde über wichtige Begriffe wie Nettovermögen oder Nettoschuld informiert. Die Nettoverschuldung ist insbesondere auf den Umbau des AGZ zurückzuführen, ist aber mit 4.3 Mio Franken überhaupt nicht dramatisch. Beim neuen Finanzausgleich wird davon ausgegangen, dass sich für Dietikon nicht viel ändern wird. Die Liegenschaftenverwaltung kümmerte sich um insgesamt 861 Objekte, 33 mehr als im Vorjahr, was verschiedenste Unterhaltsarbeiten benötigte. Zu bemängeln ist, dass nur die nötigsten Arbeiten ausgeführt werden und insbesondere kein Zeitplan für eine energetische Sanierung besteht, obwohl der Sanierungsbedarf vieler Gebäude offenkundig ist. Gemäss Auskunft der Liegenschaftenverwaltung besteht keine Strategie bezüglich Kauf oder Verkauf von Grundstücken. Die Situation im Niderfeld und im Gebiet SLS zeigt aber, dass ein strategischer Bodenbesitz zweckdienlich sein kann. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die finanzielle Situation der Stadt Dietikon keinesfalls so schlecht ist, wie es oft dargestellt wird. Zu guter Letzt dankt er den Mitarbeitenden der Finanzabteilung im Namen des Gemeinderates für die geleistete Arbeit.

Im Namen der Grünen erklärt *Samuel Spahn*, dass sie dem Geschäftsbericht zustimmen werden.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Sicherheits- und Gesundheitsabteilung

Gabriele Olivieri (CVP) erklärt, dass die GPK von Stadtrat Heinz Illi, der Leiterin Einwohnerkontrolle Yvonne Küng und dem Leiter der Sicherheits- und Gesundheitsabteilung Thomas Winkelmann über das Geschäftsjahr 2010 informiert wurde. Die Leiterin Einwohnerkontrolle orientierte über die wichtigsten Aufgaben ihres Amtes, wo täglich 148 Mutationen vorgenommen werden. Aufgrund der wachsenden Einwohnerzahl ist in Zukunft mit einer weiteren Stellenerhöhung zu rechnen. Anhand eines eigens für die GPK erstellten Films wurde das neue Ticketsystem erklärt. Die durchschnittliche Wartezeit liegt bei unter drei Minuten. Mit dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister muss allen Einwohnern zusätzlich der Gebäudeidentifikator und der Wohnungsidentifikator zugeteilt werden, wobei insbesondere die präzise Zuweisung des Wohnungsidentifikators sehr aufwendig ist. Damit wird die Volkszählung nun jährlich durchgeführt, wodurch genauere Informationen über die Entwicklung der Bevölkerung, der Haushalte oder der Gebäude und Wohnungen möglich werden.

Die Pistolen der Stadtpolizei wurden altershalber ersetzt. Die Zahl der Litteringbussen stieg gegenüber 2009 von 42 auf 64, wobei die Polizei nicht gezielt Patrouillen unternimmt, um Litteringverhalten zu ahnden. Bei der Schulwegsicherung wird vor allem das "Elterntaxi" als Problem erkannt, insbesondere bei den beiden Schulhäusern Wolfsmatt und Fondli. Beim nächtlichen Dauerparkieren hat es vermutlich wegen der erhöhten Gebühren einen Rückgang von über 100 auf 816 Fahrzeuge gegeben. Der Referent dankt dem Sicherheits- und Gesundheitsvorstand und allen Mitarbeitenden für ihren Einsatz im Dienst der Stadt.

Sozialabteilung

Trudi Frey (SVP) möchte aus Sicht der GPK vor allem ein Projekt hervorheben: der Aufbau einer Sozialfirma. Im Rahmen des Integrationsangebots "jetzt" wird versucht, junge arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene beruflich zu integrieren. Gemäss Sozialvorstand ist es ein Glücksfall, dass diese Firma, eine der grössten Sozialfirmen der Schweiz, von Oerlikon nach Dietikon zügelte. Sie sucht für das Projekt in der Industrie Arbeit für Langzeitarbeitslose und leistet damit einen wichtigen Beitrag zu einem leistungsorientierten Arbeitsklima mit Tagesstruktur für Jugendliche. Bis Ende Jahr will sie gegen 100 Arbeitsplätze schaffen. Der Aufwand der neu in Dietikon angesiedelten Institution wird durch die Max Wiederkehr-Stiftung mit Fr. 310'000.00 finanziert, während die Büroräumlichkeiten von der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Gefreut hat sie, dass mehrere Jugendliche dank Unterstützung von anderen Vermittlungsdiensten der Stadt ihre Lehre beenden oder eine Schupperlehre antreten konnten. Abschliessend bedankt sie sich beim Sozialvorstand und seinen Mitarbeitenden für die Beantwortung der Fragen.

Schulabteilung

Ernst Joss (AL) erwähnt, dass der Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani und der Leiter Schulabteilung Gerold Schoch der GPK sehr umfassend Auskunft gegeben haben. Neu ist der Schulpräsident in den Stadtrat integriert und es wurde eine zusätzliche Stelle in der Verwaltung geschaffen. Die Belastung des Schulvorstandes liegt bei etwa 950 Stunden, was einem 50 % - Pensum entspricht. Bei den Mitgliedern der Schulpflege sind es etwa 110 Stunden und 18 bis 20 Schulbesuche. Er ist der Meinung, dass die Schulabteilung auf einem guten Weg ist, und hat grosses Vertrauen in den Schulvorstand. Die Schulleiter haben eine sehr starke Position. Sie führen die Anstellungsgespräche und machen einen Einervorschlag zuhanden der Schulpflege, bei den Mitarbeiterbeurteilungen ist nur ein Schulpfleger anwesend.

Die vielen neuen Reglemente brachten einen grossen Aufwand. Es gibt viele Probleme und Aufgaben wie zum Beispiel die Schulraumplanung. Dem Ruf der Schule sollte Sorge getragen werden. Unklar ist der Begriff der Fremdsprachigkeit im Geschäftsbericht, es ist nicht klar, was er wirklich be-

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

deutet. Aus diesem Grund sollte er besser nicht erwähnt werden. Abschliessend wünscht er dem Schulvorstand und seinen Mitarbeitenden viel Erfolg.

Diskussion:

Markus Erni (SVP) begrüsst die Änderungsvorschläge der SP, geht aber noch weiter, indem er anregt, dass das Protokoll der GPK allen Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt wird, um die Gemeinderatsdiskussion effizienter gestalten zu können.

Gabriele Olivieri (CVP) erklärt, dass im Geschäftsbericht fast alles steht, was die Mitarbeiter der Stadt geleistet haben. Obwohl einige GPK-Mitglieder schon einige Jahre im Amt sind, sind die Diskussionen mit den Ressortvorstehenden immer sehr lebendig und aufschlussreich. Die Berichte und Zahlen werden genau überprüft und man kann die Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren verfolgen. So liest man zum Beispiel, dass die Zusatzleistungen zur AHV/IV weiter steigen werden. Weiter wird über den Tanzkurs Move Step berichtet, wobei er gespannt ist, ob die Mädchen, welche jetzt im Kindergarten obligatorisch Dialekt reden müssen, in ein paar Jahren einen passenden Ausdruck auf Deutsch gefunden haben werden. Die CVP-Fraktion dankt den Stadtangestellten für die gute und sinnvolle Arbeit und dem Stadtrat für den interessanten und nützlichen Bericht. Sie wird dem Geschäftsbericht einstimmig zustimmen.

Peter Wettler (SP) erklärt, dass er vor zwei Jahren rügte, dass die Mitarbeitenden auf den Fotos nicht mit Namen aufgeführt wurden. Dies wurde in diesem Jahr geändert, was einer grossen Wertschätzung den Lernenden gegenüber entspricht, wofür er sich bedanken möchte.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst einstimmig:

Der Geschäftsbericht der Stadt Dietikon für das Jahr 2010 wird genehmigt.

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 21 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen ab amtlicher Publikation schriftlich und begründet beim Bezirksrat Dietikon Beschwerde eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Stadtrat

F5.34. Kinderkrippe, Kinderhort
S1.061.1. Einzelne Schulen, Allgemeines

Spielgruppe plus

Pius Meier, Mitglied des Gemeinderates, und 19 Mitunterzeichnende haben am 19. Mai 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich bitte den Stadtrat die flächendeckende Einführung eines Angebots "Spielgruppe plus" zu prüfen. Als begleitende Bestandteile einer Umsetzung verstehen wir die Einbeziehung folgender Punkte:

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

- *Umfassende Koordination und Begleitung der "Spielgruppe plus", mit spezifischer Förderung des Sozialverhaltens, der Motorik und der Sprachkompetenz*
- *Aktives Aufsuchen von Eltern mit Migrationshintergrund*
- *Prüfung einer Verpflichtung zum Besuch einer "Spielgruppe plus"*

Begründung:

Beim Beginn der Schulpflicht, also mit dem Eintritt in den Kindergarten, wird auch in Dietikon festgestellt, dass ein steigender Anteil von Kindern grosse Defizite im Sozialverhalten und den motorischen Fähigkeiten aufweist. Zudem ist oft eine schwache Basis im sprachlichen Bereich festzustellen. Der geordnete Betrieb im Kindergarten wird dadurch erheblich erschwert.

Trotz hohem persönlichem Engagement der Lehrpersonen und bedeutenden finanziellen Aufwendungen der Schule für Zusatzunterricht, Therapien und Sonderschulungen bleiben zu viele Kinder bis zum Ende ihrer Schulpflicht leistungsmässig und sozial benachteiligt und haben als Jugendliche einen schlechten Start ins Berufsleben.

Diesem Trend muss entgegen gewirkt werden. Um allen Kindern ein erfolgreiches schulisches Fortkommen zu ermöglichen, müssen die Erziehungsberechtigten aktiv über die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kindergarteneintritt informiert werden. Gegebenfalls sind sie persönlich auf die Möglichkeiten hinzuweisen, ihr Kind für eine "Spielgruppe plus" mit Deutsch-Förderung anzumelden. In Einzelfällen ist die rechtliche Verpflichtung zum Besuch einer "Spielgruppe plus" zu prüfen.

Erste Erfahrungen mit der "Spielgruppe plus" im Bereich der Schuleinheit Wolfsmatt haben klar gezeigt, dass mit aktivem Aufsuchen von Eltern mit Migrationshintergrund sowie mit Mund-zu-Mund-Propaganda die richtigen Kinder erreicht werden – jene, denen die "Spielgruppe plus" zu einem besseren Start in den Kindergarten verhilft.

In einer Längsschnittuntersuchung hat das Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI) in den Jahren 2006 - 2008 die Auswirkungen der "Spielgruppe plus" auf die sprachlichen und sozialen Entwicklungen von Kindern mit Migrationshintergrund und/oder bildungsferner Familien wissenschaftlich erforscht. Die Ergebnisse waren signifikant positiv und lassen sich auf Dietikon übertragen, da die Untersuchungen alle im Kanton Zürich durchgeführt wurden. Die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt der Schuleinheit Wolfsmatt bestätigen dies ebenfalls. "

Mitunterzeichnende:

Max Wiederkehr	Josef Wiederkehr	Rosmarie Joss	Angela Gullo
Christiane Ilg-Lutz	Gabriele Olivieri	André Arnet	Rochus Burtscher
Julia Neuenschwander	Cécile Mounoud	Erich Burri	Esther Wyss-Tödtli
Alfons Florian	Ernst Joss	Anton Kiwic	Peter Wettler
Sven Koller Metzler	Roger Bachmann	Catherine Peer	

Begründung:

Pius Meier (CVP) erklärt, dass mit dem Angebot das Erlernen der deutschen Sprache und die Vorbereitung auf den Kindergarten unterstützt werden sollen. Es gibt schon Spielgruppen, die gut arbeiten, die Spielgruppe plus ist dabei keine Konkurrenz sondern eine Ergänzung. Heute sind die Kinder nach zwei Jahren Kindergarten oft gleich weit wie früher beim Eintritt. Um dem entgegenzutreten, müssen die Erziehungsberechtigten ausführlich auf bestehende Möglichkeiten hingewiesen werden. Es ist auch zu prüfen, ob eine Verpflichtung zum Besuch der Spielgruppe plus möglich ist. Es sollte kein Kind ohne Deutschkenntnisse in einen Kindergarten eintreten. Ein Pilotprojekt im Wolfsmatt zeigt, dass die richtigen Personen erreicht und auch Eltern motiviert werden, an ihren Deutschkenntnissen zu arbeiten. Dies wird etwas kosten und die Verantwortung bleibt bei den

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Eltern, aber dafür sollten die Sondermassnahmen in der Schule mittelfristig zurückgehen. Er ist überzeugt, dass schon bald nach Einführung der Spielgruppe plus erste Wirkungen eintreten werden.

Diskussion:

Thomas Wirth (EVP) stört sich daran, dass das vorliegende Postulat praktisch identisch ist mit dem von ihm im Jahr 2008 eingereichten Postulat.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

P2.92.4. Verkehrsbeschränkungen fahrender Verkehr

"Tempo 30 in Dietikon"

Interpellation

Anton Kiwic, Mitglied des Gemeinderates, hat am 19. Mai 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Das Ziel, in Dietikon flächendeckend Tempo 30 einzuführen, wurde noch im letzten Jahrtausend gefasst. Über zehn Jahre später sind immer noch wichtige Quartierstrassen nicht beruhigt. Beispiele dafür sind der Weinberg, Obere und Untere Reppischstrasse und die Schöneeggstrasse. Auch ist der Eindruck entstanden, Tempo 30 sei als Thema für die Stadtregerung abgeschrieben."

Ich stelle daher folgende Fragen:

- 1. Welche Temporeduktionen wurden in den letzten drei Jahren auf welchen Dietiker Strassen umgesetzt?*
- 2. Welche Erfahrungen hat Dietikon bezüglich Verkehrssicherheit und Lärmbelastung auf den beruhigten Strassen gemacht?*
- 3. Gibt es wegen den beruhigten Strassen negative Auswirkungen auf die Verkehrsführung?*
- 4. Wird das Limmatfeld auf den Quartierstrassen von Anfang an auf Tempo 30 gesetzt?*
- 5. Welche anderen Tempo 30 Projekte stehen in den nächsten 3 Jahren an?"*

Begründung:

Anton Kiwic (SP) erklärt, dass seit 20 Jahren Tempo 30 in Dietikon ein Thema ist. Während unter dem Stadtpräsidenten Bohnenblust viel unternommen wurde, ist in der letzten Zeit nicht mehr viel passiert. Früher wurde argumentiert, dass der Verkehr kollabieren und der Benzinverbrauch steigen würde, etc. Heute ist man gescheitert, deshalb fragt er sich, warum nicht vorwärts gemacht wird.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

D1.7. Internet

E-Government

Interpellation

Philipp Müller, Mitglied des Gemeinderates, und 3 Mitunterzeichnenden haben am 19. Mai 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Das elektronische Zeitalter verschont auch die Ausübung der politischen Rechte und die Tätigkeit der Verwaltung nicht. In vielen Bereichen wurden die gesetzlichen Grundlagen für die elektronische Information und Kommunikation innerhalb und zwischen staatlichen Behörden, Institutionen und Privatpersonen geschaffen (E-Government).

E-Government bringt dem Bürger einerseits viele Vorteile, da er sich einfacher und schneller mit staatlichen Institutionen in Verbindung setzen kann und dadurch einfacher am Willensbildungsprozess teilnehmen kann.

Für die Stadt ist es nützlich, da viele Abläufe vereinfacht werden können und dadurch Kosten eingespart werden. Durch einfache und effiziente Verfahren kann sich die Verwaltung noch bürgerfreundlicher präsentieren.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie wird sich der Stadtrat beim Kanton einsetzen, damit nach dem Ablauf der E-Voting Pilotphase (Ende 2011) auch die Bürger von Dietikon elektronisch abstimmen und wählen können?*
- 2. Was gedenkt der Stadtrat diesbezüglich auf kommunaler Ebene zu unternehmen?*
- 3. Welche E-Government Angebote bietet die Verwaltung bereits heute an?*
- 4. Welche weiteren E-Government Leistungen könnte die Stadt Dietikon in Zukunft den Bürgern anbieten, um die Verwaltung noch kundenfreundlicher zu gestalten?*
- 5. Was und in welchem Zeithorizont gedenkt der Stadtrat in dieser Hinsicht zu unternehmen?"*

Mitunterzeichnende:

Werner Hogg

Martin Romer

Ueli Bayer

Begründung:

Philipp Müller (FDP) erklärt, dass die Rechtsgrundlagen für E-Government geschaffen sind und somit die entsprechenden Services angeboten werden können. Beim E-Voting Pilotprojekt gehört Dietikon nicht dazu, in Zukunft wird es Alltag sein. Er fragt sich, wie sich der Stadtrat für E-Voting einsetzen wird. Mit weiteren elektronischen Dienstleistungen können Briefe und Gänge ins Stadthaus eingespart werden. Ihn interessiert, was schon gemacht wird und wo Potenzial gesehen wird.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

B1.13. Bauordnung
V2.213. Limmattalbahn

Teilrevision Bauordnung - Siedlungsentwicklung entlang der Stadtbahn

Motion

Roger Bachmann, Mitglied des Gemeinderates, und 25 Mitunterzeichnende haben am 19. Mai 2011 folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, inwiefern die Bauordnung der Stadt Dietikon revidiert werden kann, damit der Siedlungsbau mit der geplanten Linienführung der Limmattalbahn abgestimmt wird. Als Resultat des Berichts ist dem Gemeinderat gleichzeitig ein entsprechender Antrag auf Teilrevision der Bauordnung der Stadt Dietikon vom 19. März 1987 vorzulegen.

Begründung:

Bei der Realisierung der Stadtbahn ist darauf zu achten, dass das Bahntrasse Gebiete erschliesst, in denen ein hoher Bestand an Wohnungen und Arbeitsplätzen vorhanden ist, damit entsprechende Passagierzahlen und ein gute Auslastung des Verkehrsträgers erzielt werden können. Aus diesem Grund ist es von grosser Bedeutung, dass die Siedlungsentwicklung und die Linienführung der Stadtbahn im Einklang stehen.

Ebenso wichtig für die künftige Entwicklung und das Erscheinungsbild der Stadt Dietikon ist aber auch der Blick auf bereits erschlossene bzw. bebaute Gebiete im Zentrum der Stadt: Zu überlegen wäre im Rahmen einer eventuellen Teilrevision der Bauordnung beispielsweise, ob Grundeigentümern bzw. Bauherrschaft bei Vorliegen eines überzeugenden Mobilitäts- und Parkplatzkonzeptes bei Neubauten eine höhere Ausnützung gewährt werden könnte. Ein "Ausnützungsbonus" könnte auch bei hervorragenden Sanierungskonzepten von Altbauliegenschaften oder bei Projekten für Ersatzbauten gewährt werden, was den Anreiz für Investitionen, Sanierungsmassnahmen etc. mit Sicherheit erhöhen und der Stadt in vielerlei Hinsicht ebenfalls einen Nutzen bringen würde. Eine verdichtete Bauweise könnte zudem die Schaffung neuer, zusätzlicher Räume ermöglichen, die einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden können, was ebenfalls zu einer Erhöhung der Lebensqualität und einer Attraktivitätssteigerung der Stadt führen würde."

Mitunterzeichnende:

Arnet André	Bayer Ueli	Burri Erich	Burtscher Rochus
Dätwyler Jörg	Erni Markus	Florian Alfons	Frey Trudi
Gullo Angela	Hofer Ralph	Joss Rosmarie	Kiwic Anton
Koller Metzler Sven	Lips Werner	Meier Pius	Mounoud Cécile
Müller Philipp	Olivieri Gabriele	Romer Martin	Wettler Peter
Wiederkehr Irene	Wiederkehr Josef	Wiederkehr Max	Wittwer Stephan
Wyss-Tödtli Esther			

Begründung:

Roger Bachmann (SVP) erklärt, dass die vorliegende Motion Bestandteil eines Gesamtpaketes an politischen Vorstössen die Limmattalbahn betreffend ist. Er dankt allen Ratsmitgliedern, insbesondere Rosmarie Joss und Josef Wiederkehr, für die Unterstützung. Dadurch ist es gelungen, betreffend Limmattalbahn in wesentlichen Punkten parteiübergreifend einen gemeinsamen Nenner zu definieren. Der Vergleich mit der Glattalbahn macht keinen Sinn, da im Glattal auf der grünen Wiese

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

geplant und gebaut werden konnte, während im Limmattal die Bahn durch bereits erschlossene und bebaute Gebiete geführt werden muss. Trotzdem gibt es nebst Risiken wie die massive Erhöhung der ZVV-Beiträge auch Chancen, wofür es allerdings flankierende Massnahmen braucht. Dazu muss die Stadt Dietikon ihre Bedürfnisse und Vorstellungen klar definieren.

Ein Massnahmen betrifft die Siedlungsentwicklung. Wenn die Stadtbahn eine gute Auslastung erzielen soll, müssen Gebiete mit hohem Wohnungsbestand und vielen Arbeitsplätzen erschlossen werden. Dazu braucht es eine Anpassung der kommunalen Bauvorschriften, damit schwergewichtig entlang der künftigen Bahnlinie eine höhere Ausnützung möglich ist. Die vielen sanierungsbedürftigen Liegenschaften waren im Gemeinderat schon oft ein Thema. Der Stadtrat hat schon mehrfach versucht, die betreffenden Liegenschaftsbesitzer zum Handeln zu bewegen. Möglicherweise könnte eine Sanierung für Grundeigentümer dann interessant werden, wenn man einen Ausnützungsbonus gewähren würde; selbstverständlich nur bei einem überzeugenden Sanierungs- inkl. Mobilitäts- und Parkplatzkonzept.

Offenbar ist der Stadtrat bereit, die Motion entgegenzunehmen bzw. dem Gemeinderat einen Bericht vorzulegen, wo dargelegt wird, inwiefern die kommunale Bauordnung revidiert werden muss, damit der Siedlungsbau mit der geplanten Linienführung der Limmattalbahn abgestimmt wird. In einer zweiten Phase sollen als Ausfluss aus dem Bericht dann konkrete Massnahmen folgen, indem dem Gemeinderat ein Antrag auf Teilrevision der Bauordnung vorgelegt wird. Er dankt dem Stadtrat für sein Wohlwollen und ist gespannt auf den Bericht.

V2.213. Limmattalbahn
V2.63. Verkehr Limmattal

Gesamtverkehrskonzept Dietikon im Zuge der Limmattalbahn

Motion

Rosmarie Joss, Mitglied des Gemeinderates, und 23 Mitunterzeichnende haben am 19. Mai 2011 folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, im Zuge der Planung der Limmattalbahn ein Gesamtverkehrskonzept für Dietikon zu erstellen. In diesem soll unter anderem aufgezeigt werden, wie die verschiedenen Verkehrsteilnehmer (öffentlicher Verkehr, motorisierter Individualverkehr, Velo- und Fussgängerverkehr) möglichst störungsfrei geführt werden können und wie eine Entflechtung der Verkehrsströme erreicht werden kann.

Begründung:

Die Verkehrssituation in Dietikon ist heute zum Teil sehr problematisch. Insbesondere im Stadtzentrum stehen motorisierter Individualverkehr, Fussgänger, Velofahrer und öffentlicher Verkehr schon heute in einem ständigen Zielkonflikt. Mit der Limmattalbahn kommt ein zusätzlicher Verkehrsträger hinzu, was apriori die Situation auf dem gesamten Stadtgebiet nicht vereinfacht.

In Anbetracht dessen ist es höchste Zeit, die Dietiker Verkehrssituation ganzheitlich zu betrachten. Denn die Limmattalbahn kann Dietikon nur einen maximalen Nutzen bringen, wenn das gesamte Verkehrskonzept überdacht wird. Am Beispiel Glattalbahn und zahlreichen weiteren Beispielen hat sich gezeigt, dass durch zum Teil spektakuläre Bauten verkehrstechnische Lösungen möglich sind, die sonst unvorstellbar gewesen wären. Grundsätzlich wäre zum Beispiel eine unterirdische Führung von Strasse, Limmattalbahn oder BDWM vorstellbar. Dies könnte einerseits mehr Raum für Fuss- und Veloverkehr schaffen und somit die Attraktivität des Dietiker Zentrums steigern. Andererseits könnte gleichzeitig die Situation für den motorisierten Individualverkehr im Zentrum spürbar verbessert werden."

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Mitunterzeichnende:

Arnet André	Bayer Ueli	Burri Erich	Burtscher Rochus
Dätwyler Jörg	Erni Markus	Florian Alfons	Frey Trudi
Gullo Angela	Hofer Ralph	Joss Ernst	Mounoud Cécile
Kiwic Anton	Koller Metzler Sven	Meier Pius	Wiederkehr Irene
Olivieri Gabriele	Romer Martin	Wettler Peter	Wyss-Tödtli Esther
Wiederkehr Josef	Wiederkehr Max	Wittwer Stephan	

Begründung:

Rosmarie Joss (SP) erklärt, dass die Limmattalbahn ein Grossprojekt mit starkem Einfluss auf die Entwicklung von Dietikon ist. Es gibt noch viel Skepsis, weshalb die Bevölkerung einzubeziehen ist. Die Limmattalbahn bietet eine einmalige Chance, die Verkehrsprobleme in Dietikon zu lösen, zudem gibt es Geld vom Kanton. Darum ist eine gute Lösung mit breiter Akzeptanz notwendig, nachher kann dies nicht mehr korrigiert werden. Die grundsätzliche Kritik am Stadtrat betrifft den Einbezug der Bevölkerung, erste Vertretung ist das Parlament. Der Stadtrat ist verpflichtet, bei solchen Entscheidungen den Gemeinderat einzubeziehen, im Nachhinein eine Begleitgruppe einzusetzen, ist ein schwaches Zeichen. Um einen maximalen Nutzen zu erzielen, ist ein Gesamtverkehrskonzept notwendig. Das gesamte Netz muss betrachtet werden, auch die Kantonsstrassen. Der Stadtrat muss sich dort stark engagieren, er kann nicht einfach sagen, dass er nicht zuständig ist. Ein Gesamtverkehrskonzept hat eine grosse Bedeutung, darum ist es sinnvoll, wenn dies im Gemeinderat diskutiert wird. Die Vorlage ist ihrer Meinung nach auch motionsfähig. Sie möchte den Stadtrat zu einer inhaltlichen Diskussion einladen und hofft, dass er sich nicht hinter formalen Aspekten versteckt.

V2.213. Limmattalbahn
V2.63. Verkehr Limmattal

Zukunftgerichtete Limmattalbahn

Motion

Josef Wiederkehr, Mitglied des Gemeinderates, und 22 Mitunterzeichnende haben am 19. Mai 2011 folgende Motion eingereicht:

"Der Stadtrat wird aufgefordert, die Linienführung der Limmattalbahn unter Berücksichtigung eines Gesamtverkehrskonzeptes und der zukünftigen Siedlungsentwicklung neu festzulegen, hierbei sollen insbesondere eine unterirdische Führung des MIV oder der Bahnen im Dietiker Zentrum miteinbezogen werden. Für den Prozess der Festlegung der Linienführung soll ein runder Tisch eingesetzt werden, an dem mindestens ein Vertreter pro im Gemeinderat vertretene Partei miteinbezogen wird, sowie Vertreter aus betroffenen Organisationen.

Begründung:

Die Limmattalbahn ist eine grosse Chance für Dietikon. Chancen müssen aber gepackt werden, um sie zu einem Erfolg zu führen. Hierfür braucht es Knochenarbeit. Die Linienführung der Stadtbahn muss auf den Gesamtverkehr und auf die Siedlungsentwicklung abgestimmt sein. Besonders wichtig ist, dass der Verkehr nicht kollabiert, sondern fliessen kann und die Stadtbahn möglichst viele Nutzer finden wird. Zudem muss die Bevölkerung hinter dem Projekt stehen, denn im Gegensatz zu anderen Staaten wird sich bei uns ein solches Projekt kaum realisieren lassen, wenn es von der Bevölkerung nicht mitgetragen wird. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Bevölkerung und die Meinungsmacher möglichst stark in die Entscheidungsfindung der wichtigen Eckpunkte des Projektes einbezogen wird.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Die oben erwähnten Punkte wurden vom Stadtrat vernachlässigt. Die Gefahr ist gross, dass das Projekt Schiffbruch erleiden wird oder nicht den gewünschten Erfolg bringen wird. Aus diesem Grund ist es wichtig und richtig, rechtzeitig eine Kurskorrektur im Planungsprozess vorzunehmen. Ein runder Tisch, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, ohne eigentliche Kompetenzen, beispielsweise in Bezug auf die Linienführung, reicht hierfür nicht."

Mitunterzeichnende:

Arnet André	Burri Erich	Burtscher Rochus	Dätwyler Jörg
Erni Markus	Florian Alfons	Frey Trudi	Gullo Angela
Hofer Ralph	Joss Rosmarie	Kiwic Anton	Koller Metzler Sven
Lips Werner	Meier Pius	Mounoud Cécile	Olivieri Gabriele
Wettler Peter	Wiederkehr Irene	Wyss-Tödtli Esther	Wiederkehr Max
Wittwer Stephan	Bachmann Roger		

Begründung:

Josef Wiederkehr (CVP) erklärt, dass es unüblich ist, drei Motionen zum gleichen Geschäft einzureichen. Dafür gibt es zwei Gründe: zum einen die grosse Bedeutung, zum anderen der Unmut des Parlamentes und der Bevölkerung. Die Limmattalbahn ist eine Riesenchance, es gibt viel Geld von Bund und Kanton, Investoren stehen bereit. Dies gilt es zu nutzen, wobei man sich nicht mit einem mittelmässigen Projekt zufrieden geben darf. Im Jahr 2008 reichte er ein Postulat für eine unterirdische Führung der Limmattalbahn ein. Im Bericht wurde gesagt, dass dies nicht bewilligt würde und auch nicht attraktiv sei. Dabei erwähnte er, dass er vom Stadtrat erwarte, einen breit abgestützten Prozess zu starten, dass er aktiv sei und agiert. Damit war nicht eine Begleitgruppe gemeint, die ihre Meinung sagen kann, sondern eine Mitbestimmung. Der Stadtrat war nicht einmal bereit, alle relevanten Unterlagen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund gibt es in der Bevölkerung einen breiten Unmut. Die Bahn kann nicht gegen den Willen der Bevölkerung gebaut werden, wie die Beispiele in Stuttgart und Bern zeigen. Insbesondere aus zwei Gründen fordert er den Einbezug der Bevölkerung. Zum einen ist der bisherige Entscheid für die Linienführung intransparent, er wurde im stillen Kämmerlein geschlossen. Die Bevölkerung wird sich in irgend einer Form äussern, spätestens bei der Volksabstimmung. Aus diesem Grund ist der Prozess breit abzustützen, damit die Stadt geschlossen und entschieden agieren kann. Der zweite Grund ist, dass die Linienführung bisher nicht überzeugt. Weiter muss ein Gesamtverkehrskonzept erstellt werden, vor allem für das Zentrum ist eine gute Lösung zu finden. Es braucht auch eine Abstimmung der Verkehrsinfrastruktur auf die künftige Nutzung. Es ist zu überlegen, wo sich die Stadt in welcher Art entwickeln will. Er dankt den beiden anderen Motionären für die Zusammenarbeit und hofft, dass der Stadtrat in den Motionen eine Chance sieht.

Diskussion zu allen drei Motionen:

Stadtpräsident Otto Müller erwähnt, dass er in den Motionen zum einen ein Bekenntnis zur Limmattalbahn sieht. Andererseits nimmt der Stadtrat den Unmut des Gemeinderates zur Kenntnis. Wichtig ist, dass das Projekt nicht scheitert. Viele Fragen sind offen, handelt der Stadtrat aktiv oder nicht. Er spürt die Skepsis und Vorbehalte, der Stadtrat wird besser und intensiver kommunizieren. Der Gemeinderat und die Bevölkerung wurden mehrmals über das Projekt informiert. Der Runde Tisch ist eine inhaltliche Begleitung und breit abgestützt. Eine Startsitzen hat bereits stattgefunden, die Anliegen - ähnlich wie bei den Motionen - wurden deponiert. Der Runde Tisch kann auch konsultativ abstimmen. Als Nächstes findet eine Verkehrssimulation statt, welche entscheidend zur Frage beiträgt, ob man die bisherige Linienführung beibehalten kann. Wichtig ist, und dafür wird auch gesorgt werden, dass ein Nebeneinander der verschiedenen Verkehrsträger möglich ist.

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

Die Motion von Roger Bachmann stösst offene Türen ein. Die Bahn bietet eine enorme Chance, welche mit entsprechender Planung unterstützt werden muss. Es gibt dazu verschiedene Möglichkeiten, zuerst muss aber die Linienführung definitiv geklärt sein.

Peter Wettler (SP) erklärt, dass die drei Motionen von über 20 Ratsmitgliedern unterzeichnet wurden. Die Limmattalbahn ist ein hochmodernes Verkehrsmittel, welches bei einem 6-Minuten-Takt pro Stunde 2'000 Personen in eine Richtung transportieren kann. Bei der Glattalbahn sind auf einem Perimeter von 400 Metern auf dem 12.7 Kilometer langen Netz private Investitionen von 10 Mia. Franken getätigt worden. Umgerechnet auf Dietikon ist ohne Niderfeld mit 3 bis 4 Mia. Franken zu rechnen. Es wird sehr viele Änderungsanträge der Bau- und Zonenordnung geben, viele Grundstücke werden die Hand wechseln, neue Haltestellen gefordert werden, und man wird deshalb erst sehr spät wissen, wo die Limmattalbahn definitiv verlaufen wird. Er könnte sich vorstellen, dass die Bahn vom Herweg durch die Vogelastrasse fährt, den Friedhof bedient, die Poststrasse hinunter an den Bahnhof rollt, am Bezirksgebäude vorbei über die Reppisch in die Vorstadtstrasse und so ins Gjuchquartier und ins Niderfeld. Beim Verkehrskonzept sollte gefragt werden, was man für Verkehr will, wo zukünftige Schwerpunkte entstehen sollen. Das Konzept des Stadtrates dagegen ist darauf ausgerichtet, dort Mehrverkehr zu generieren, wo es schon viel Verkehr gibt, was eher nicht tauglich sein wird. Flexibilität ist gefragt, in den Kantonen Aargau und Zürich sind die Rahmenkredite noch nicht gesprochen, die Volksabstimmungen haben noch nicht stattgefunden.

Werner Hogg (FDP) erwidert, dass eine Motion ein selbstständiger Antrag ist, der den Stadtrat dazu verpflichtet, einen Entwurf vorzulegen zu einem Gegenstand, der in die Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeinderates fällt. Das ist bei den Motionen Wiederkehr und Joss nicht erfüllt, deshalb gehören sie eigentlich nicht auf die Traktandenliste. Der Gemeinderatspräsident hat die Aufgabe, Motionen auf ihre rechtliche Zulässigkeit zu prüfen; dies ist eine rechtliche und nicht eine politische Frage. Beim Gesamtverkehrskonzept kann der Stadtrat nicht einfach die Kantonsstrassen mitberücksichtigen. Bei der Motion bezüglich Linienführung ist es noch klarer. Die Linienführung fällt in die Kompetenz der Kantone Zürich und Aargau, was bereits Thema in der letzten Fragestunde war. Einzig die Motion von Roger Bachmann ist eine typische Motion, wobei hier die Fristen nicht eingehalten werden können, da die Bau- und Zonenordnung erst überarbeitet werden kann, wenn die definitive Linienführung feststeht. Dass der Gemeinderat zu wenig starke Waffen habe, ist kein Grund, die Spielregeln nicht einzuhalten. Wenn der Stadtrat später die geforderten Anträge gar nicht stellen kann, bringt es auch nichts. Aus diesem Grund wäre es sinnvoller, mit dem Postulat ein taugliches parlamentarisches Mittel zu wählen. Dank der vielen Unterzeichnenden ist der politische Druck auf den Stadtrat sowieso schon gross. Weiter versteht er nicht, wieso nicht die Verkehrssimulation abgewartet wird. Der Stadtrat wird mit Sicherheit intervenieren, wenn er sieht, dass es nicht mehr funktioniert.

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass die Grünen die Motionen von Roger Bachmann und Rosmarie Joss unterstützen werden, nicht hingegen diejenige von Josef Wiederkehr. Die Limmattalbahn ist eine gewaltige Chance, nicht zuletzt wegen der grossen Summen, die Bund und Kanton bereit sind zu investieren. Die Informationspolitik des Stadtrates ist katastrophal. Es genügt nicht, einfach das Ergebnis mitzuteilen. Er ist selber in der Begleitgruppe, es gibt viele gute Dossiers, die nicht kommuniziert werden. Der Mangel an Information liegt sowohl beim Stadtrat als auch bei der Limmattalbahn AG. Die Motion Bachmann ist sinnvoll, der Bau der Limmattalbahn ist ein wichtiges städtebauliches Projekt. Die Idee der Motion Joss ist auch gut, ein Gesamtverkehrskonzept ist von grosser Bedeutung, auch wenn der Kanton dies im Zusammenhang mit der Limmattalbahn ebenfalls macht. Einen runden Tisch, wie es die Motion Wiederkehr fordert, gibt es schon. Die aktuelle Linienführung ist die beste der bekannten Varianten. Eine unterirdische Lösung funktioniert wegen der Rampen nicht, welche die Landschaft zerschneiden.

Ernst Joss (AL) erklärt, dass man viel Kritik zur Limmattalbahn hört. Es freut ihn, dass die drei grossen Parteien keine fundamentale Opposition betreiben. Die Limmattalbahn kann zu demografischen Veränderungen führen. Die aktuelle Bevölkerung darf aber nicht vertrieben werden. Bei

17. Sitzung vom 7. Juli 2011

den zu erwartenden Milliardeninvestitionen wird sehr viel Geld verdient; die Bahn könnte auch von dieser Seite bezahlt werden. Er unterstützt grundsätzlich die Forderung von Josef Wiederkehr, dass der Gemeinderat bei der Linienführung mitreden sollte, sonst fehlt letztlich die Akzeptanz. Er findet die aktuelle Linienführung nicht schlecht, glaubt nicht an eine bessere. Juristisch ist die Motion von Rosmarie Joss grenzwertig, die von Josef Wiederkehr ist nicht motionsfähig. Er müsste eigentlich ein Postulat einreichen.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

René Stucki
Präsident

Arno Graf
Sekretär-Stv.

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin

Catalina Wolf-Miranda
Stimmzählerin